



UVEK
Generalsekretariat
Frau Bundespräsidentin D. Leuthard
3003 Bern

per E-Mail: energiestrategie@bfe.admin.ch

8. Mai 2017

Vernehmlassung zur Umsetzung des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin Leuthard
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 1. Februar 2017 haben Sie die Vernehmlassung zur Umsetzung des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050 und den damit verbundenen Änderungen auf Verordnungsstufe eröffnet. Für die uns gebotene Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Der HEV Schweiz ist mit seinen über 330'000 Mitgliedern der grösste Vertreter der Interessen der Haus- und Grundeigentümer in der Schweiz. In dieser Funktion setzen wir uns konsequent für die Förderung und den Erhalt des Wohn- und Grundeigentums ein und vertreten die Interessen unserer Mitglieder auf allen Ebenen. Da unsere Mitglieder von den geplanten Verordnungsänderungen betroffen sind, machen wir von der uns offerierten Möglichkeit zur Stellungnahme Gebrauch und reichen Ihnen diese innert Frist ein.

Betroffenheit der Immobilieneigentümer

Immobilieneigentümer sind von den folgenden Regelungen betroffen:

- Eigenverbrauch (EnV),
- Einspeisevergütungssystem (EnFV),
- Verbot von Halogenleuchtmitteln (EnEV),
- Abgabesätze für Bioheizöl und Biodiesel (CO₂-Verordnung),
- Vorgaben bezüglich des Netzanschlusses bei Zusammenschlüssen zum Eigenverbrauch (StromVV),
- Gebührenerhebung durch die Vollzugsstelle für den Herkunftsnachweis (GebV-En).

Stellungnahme zu einzelnen Punkten

Die wichtigste Änderung für Immobilieneigentümer betrifft die Eigenverbrauchsgemeinschaft und die damit verbundene Möglichkeit, den selbst produzierten Strom auch an den Mieter weiter verkaufen zu können. Der HEV Schweiz beantragt, dass der Zusammenschluss an das Mietobjekt gebunden ist und dieser mit dem Mietvertrag endet. Zudem ist der Nachfolgemmieter an die Zusammenschlussvereinbarung gebunden. Der HEV Schweiz schlägt zudem mangels einer Regelung Bestimmungen zur Zusammenschlussvereinbarung beim Stockwerkeigentum vor.

Bei den Stromkosten, welche an den Mieter weiterverrechnet werden können, werden die Investitionskosten für die Solaranlage nicht berücksichtigt, das gilt es zu ändern. Nicht berücksichtigt wurde der Einbezug des ins Elektrizitätsnetz zurückgespiessenen Stroms. Der Eigentümer erhält dafür eine Vergütung, welche viel geringer ausfällt, als wenn er den Verbrauchern den Solarstrom verkaufen könnte. Dieses Defizit gilt es auszugleichen und im Rahmen der Gestehungskosten miteinzurechnen. Anderenfalls würde sich der Verkauf für den Eigentümer nicht lohnen. Unberücksichtigt bleibt zudem, dass sich Gestehungskosten aufgrund des Eigenbedarfsanteils im Laufe des Betriebs verändern können und die Vergütung des eingespiessenen Stroms variiert. Deshalb ist eine Anpassung der Tarife in der nEnV vorzusehen.

In der EnFV sollen die Photovoltaikanlagen neu in grosse (über 100 kW) und kleine Anlagen unterteilt werden. Der HEV Schweiz macht beliebt, dass auch für kleine Anlagen zwischen 30 und 100 kW weiterhin ein Wahlrecht zwischen EIV und KEV bestehen bleibt und kleine Anlagen bei der Zuteilung der Förderkontingente nicht benachteiligt werden. Weiter sollen keine Anforderungen aus dem Unterhalt der Anlagen an die Erteilung einer Subvention geknüpft werden. Die veränderte Wahlmöglichkeit ist den Anlageeigentümern, welche sich auf der KEV-Warteliste befinden, mitzuteilen.

Die EnEV will sich bezüglich des Verbots von Halogenleuchtmitteln dem Fahrplan der EU anschliessen. Vor einem voreiligen Verbot sollten jedoch entsprechende gesundheitliche Auswirkungen durch die LED untersucht werden.

In der CO₂-Verordnung sollen die CO₂-Abgaben von Biodiesel als Brennstoff dem Tarif für fossiles Heizöl extraleicht angepasst werden. Dadurch würde der Anreiz Biodiesel als Brennstoff zu verwenden verschwinden, was der HEV Schweiz nicht befürwortet.

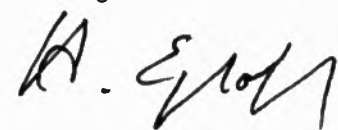
Mit der Revision der StromVV wird unter anderem sichergestellt, dass die Eigenverbrauchsgemeinschaften keine höheren Anschlussgebühren zu entrichten haben. Dies unterstützt der HEV Schweiz ausdrücklich. Ebenso wird die Regelung zur Ansetzung der Gebühren für Herkunftsnachweise in der GebV-En befürwortet.

Die ausführlichen Erläuterungen finden Sie im beiliegenden Dokument.

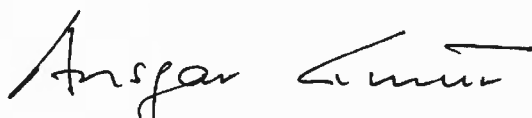
Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Hauseigentümerverband Schweiz



NR Hans Egloff
Präsident HEV Schweiz



Ansgar Gmür
Direktor HEV Schweiz

Verordnungsänderungen Energiestrategie

Stellungnahme des HEV Schweiz zu den Verordnungsänderungen im Zusammenhang mit der Energiestrategie 2050

Inhaltsverzeichnis

01 Allgemein	3
01.01 Einleitung	3
01.02 Betroffenheit der Immobilieneigentümer	3
02 Energieverordnung (EnV)	3
02.01 4. Kapitel: Einspeisung netzgebundener Energie und Eigenverbrauch	3
02.02 6. Kapitel: Netzzuschlag	7
02.03 8. Kapitel: Förderung	7
03 Energieförderungsverordnung (EnFV)	7
03.01 1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen	7
03.02 3. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen zur Einmalvergütung und zu den Investitionsbeiträgen	8
03.03 4. Kapitel: Einmalvergütung für Photovoltaikanlagen	8
03.04 9. Kapitel: Schlussbestimmungen	9
03.05 Anhang 1.2: Photovoltaikanlagen im Einspeisevergütungssystem	9
04 Energieeffizienzverordnung (EnEV)	9
04.01 Anhang 1.9: Anforderungen an die Energieeffizienz und an das Inverkehrbringen netzbetriebener Haushaltslampen mit ungebündeltem Licht	9
05 Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung)	10
05.01 Anhang 11: Tarif der CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen: 84 Franken pro Tonne CO ₂	10
06 Stromversorgungsverordnung (StromVV)	10
06.01 2. Kapitel: Versorgungssicherheit	10
06.02 3. Kapitel: Netznutzung	10
06.03 5. Kapitel Schlussbestimmungen	11
07 Verordnung über Gebühren und Aufsichtsabgaben im Energieb. (GebV-En)	11
07.01 nArt. 14b und Anhang 3 GebV-En: Kosten des Herkunftsnachweises	11
08 Herkunftsnachweis-Verordnung (HKSV)	11
09 Kernenergieverordnung (KEV)	11
10 Landesgeologieverordnung (LGeolV)	11

01 Allgemein

01.01 Einleitung

Der HEV Schweiz ist mit seinen über 330'000 Mitgliedern der grösste Vertreter der Interessen der Haus- und Grundeigentümer in der Schweiz. In dieser Funktion setzen wir uns konsequent für die Förderung und den Erhalt des Wohn- und Grundeigentums ein und vertreten die Interessen unserer Mitglieder auf allen Ebenen. Da unsere Mitglieder von den geplanten Verordnungsänderungen betroffen sind (siehe nachfolgend), machen wir von der uns offerierten Möglichkeit zur Stellungnahme Gebrauch und reichen Ihnen diese innert Frist ein.

Bei Fragen oder Unklarheiten zu unserer Stellungnahme stehen Ihnen folgende Personen zu Verfügung:

Thomas Ammann, Ressortleiter Energie- und Bautechnik, thomas.ammann@hev-schweiz.ch

Annekäthi Krebs, MLaw Juristin, anne.krebs@hev-schweiz.ch

01.02 Betroffenheit der Immobilieneigentümer

Die Anpassungen betreffen folgende Verordnungen: Energieverordnung (EnV), Energieförderungsverordnung (EnFV), Energieeffizienzverordnung (EnEV), Verordnung über die Landesgeologie (Landesgeologieverordnung), Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung), Verordnung des UVEK über den Nachweis der Produktionsart und der Herkunft von Elektrizität (HKNV), Verordnung über die Gebühren und Aufsichtsabgaben im Energiebereich (GebV-En), Kernenergieverordnung (KEV) und Stromversorgungsverordnung (StromVV). Immobilieneigentümer sind von den folgenden Regelungen betroffen:

- Eigenverbrauch (EnV),
- Einspeisevergütungssystem (EnFV),
- Verbot von Halogenleuchtmitteln (EnEV),
- Abgabesätze für Bioheizöl und Biodiesel (CO₂-Verordnung),
- Vorgaben bezüglich des Netzanschlusses bei Zusammenschlüssen zum Eigenverbrauch (StromVV),
- Gebührenerhebung durch die Vollzugsstelle für den Herkunftsnachweis (GebV-En).

Nachfolgend werden die Positionen des HEV Schweiz zu den einzelnen Bestimmungen aufgezeigt.

02 Energieverordnung (EnV)

02.01 4. Kapitel: Einspeisung netzgebundener Energie und Eigenverbrauch

Art. 13 Vergütung

In Art. 13 EnV Abs 1 wird vermerkt, dass sich die Vergütung an den Beschaffungskosten von gleichwertigem Strom zu orientieren hat. Dabei ist sicherzustellen, dass es sich auch in Bezug auf die Herstellungsart um gleichwertigen Strom handelt. Im Vergleich zu Grosskraftwerken wird der dezentral erzeugte Strom immer teurer sein in der Gesteuerung. Dank gezieltem Verkauf desselben können die Netzkosten tiefer gehalten werden. Dies ist bei der Vergütung ebenfalls zu berücksichtigen.

Antrag HEV Schweiz: Art.13 Abs 1 ist wie folgt zu ergänzen: Bei der Vergütung für Elektrizität aus erneuerbaren Energien richten sich die Kosten, die der Netzbetreiber für die Beschaffung in der Herstellung gleichwertiger Elektrizität vermeidet, ...

Art. 17 Zusammenschluss mit Mieterinnen und Mietern und Pächterinnen und Pächtern

Art. 17 Abs 2 EnV legt fest, wie die Kosten für den bezogenen Strom den Mieterinnen und Mietern resp. Pächterinnen und Pächtern auferlegt werden soll. Dabei nicht berücksichtigt wird, dass sich aufgrund des Eigenbedarfsanteils die Gestehungskosten im Laufe des Betriebes verändern können. Auch ist die Höhe der Vergütung von eingespiesenem Strom nicht fixiert und kann sich im Laufe der Zeit verändern. Entsprechend ist eine Anpassung der Tarife vorzusehen. Diese kann zu Lasten aber auch zu Gunsten der Bezüger ausfallen.

Antrag HEV Schweiz: neuer Art. 17, Abs 2a wie folgt:

^{2a} **Tarifanpassungen auf Grund veränderter Gestehungskosten sind dem Bezüger mindestens drei Monate im Voraus auf Ende Jahr anzuzeigen.**

Art. 17 Abs. 4 EnV führt aus, wann ein Austritt aus dem Zusammenschluss für Mieterinnen und Mieter und Pächterinnen und Pächter zulässig ist. Nicht explizit im Energiegesetz und in der vorliegenden EnV geregelt ist jedoch, ob ein nachfolgender Mieter/Pächter an einem im Zeitpunkt des Einzugs bestehenden Zusammenschlusses eine Wahlmöglichkeit hat oder ob er automatisch Partei der Zusammenschlussvereinbarung wird. Die Parteistellung ist zu befürworten, werden doch allfällige Unsicherheiten für den Grundeigentümer, die Wohnung wieder zu vermieten, ausgeräumt und viel Aufwand vermieden, welcher das Neuverhandeln mit jedem einzelnen Mieter/Pächter mit sich bringt. Dies dient dem Schutz des Weiterbestandes des Zusammenschlusses. Nicht geregelt ist zudem der Fall, wenn ein Mieter den Mietvertrag kündigt, ob die Zusammenschlussvereinbarung durch den Mieter separat gekündigt werden muss oder ob seine Teilnahme mit Beendigung des Mietvertrages endet. Der Einfachheit halber und aus Praktikabilitätsgründen soll keine separate Kündigung der Zusammenschlussvereinbarung durch den Mieter vorgesehen werden.

Antrag HEV Schweiz: Art. 17 EnV ist deshalb um einen weiteren Absatz vor Abs. 4 zu ergänzen:

Der Zusammenschluss ist an das Miet-/Pachtobjekt gebunden. Mit Beendigung des Miet-/Pachtvertrages tritt der Mieter/Pächter gleichzeitig aus dem Zusammenschluss aus. Der nachfolgende Mieter/Pächter wird ab dem Miet-/Pachtvertragsbeginn Partei des bestehenden Zusammenschlusses. Er hat kein Kündigungsrecht.

Weiter nicht geregelt ist die Konstellation, in welcher der Grundeigentümer einen Neubau an Erstmietter/Erstpächter vermietet/verpachtet und eine Eigenverbrauchsgemeinschaft vorsieht. In diesem Fall soll es Sache des Grundeigentümers sein, die Bedingungen des Zusammenschlusses unter Berücksichtigung der Vorgaben von Art. 17 EnV selber festzulegen. Der Erstmieter/Erstpächter hat die Bedingungen zu akzeptieren und kann die Vereinbarung nicht kündigen.

Antrag HEV Schweiz: Art. 17 EnV ist um einen weiteren Absatz vor Abs. 4 zu ergänzen:

Wird ein Neubau erstvermietet/erstverpachtet, legt der Grundeigentümer die Bedingungen des Zusammenschlusses unter Berücksichtigung von Art. 17 Abs. 1 ff. fest. Der Erstmieter/Erstpächter wird ab dem Miet-/Pachtvertragsbeginn Partei des Zusammenschlusses. Er hat kein Kündigungsrecht.

Neuer Artikel 17a Zusammenschluss für den Eigenverbrauch beim Stockwerkeigentum

Weder im Energiegesetz noch in der vorliegenden Verordnung werden Stockwerkeigentümer berücksichtigt. Es ist aus Gründen der Rechtssicherheit wichtig, die Grundzüge der Eigenverbrauchsgemeinschaft auch bezüglich des Stockwerkeigentums zu regeln, insbesondere für den Fall, in dem die sich im Stockwerkeigentum befindende Wohnung vermietet wird, damit der Stockwerkeigentümer (Vermieter) nicht auf den Kosten sitzenbleibt. Der Zusammenschluss ist an das im Stockwerkeigentum stehende Objekt zu binden. Der Stockwerkeigentümer, welcher seine Stockwerkeigentumseinheit vermietet, kann die anteiligen Kosten aus der Zusammenschlussvereinbarung vollumfänglich dem Mieter weiterverrechnen. Damit wird klargestellt, dass der Mieter diese Kosten übernehmen muss, falls der Stockwerkeigentümer von seinem Verrechnungsrecht Gebrauch macht.

Antrag HEV Schweiz: Neuer Artikel 17a wie folgt:

¹ Stockwerkeigentümer können unter sich eine Zusammenschlussvereinbarung für den Eigenverbrauch abschliessen. Der Zusammenschluss ist an das im Stockwerkeigentum stehende Objekt gebunden.

² Mit der Handänderung eines Stockwerkeigentumsanteils tritt der Rechtsnachfolger des Stockwerkeigentümers an dessen Stelle in den Zusammenschluss ein. Er hat kein Kündigungsrecht.

³ Bei einer Vermietung oder Verpachtung einer Stockwerkeigentumseinheit kann der Stockwerkeigentümer dem Mieter die anteiligen Stromkosten aus dem Zusammenschluss verrechnen. Der Mieter ist an die Bedingungen der Zusammenschlussvereinbarung der Stockwerkeigentümer gebunden.

Neuer Art. 17b Kapitalisierte Gestehungskosten

Die in Art. 17 EnV Abs 2 beschriebenen „angemessenen intern anfallenden Kosten für die selber produzierte Energie“ sind in einem zusätzlichen Art 17b genauer zu spezifizieren. Damit soll sichergestellt werden, dass Gestehungskosten einheitlich erhoben werden.

Art. 17 Abs. 1 EnV hält fest, wenn Mieterinnen und Mieter und Pächterinnen und Pächter dem Zusammenschluss angehören, die Elektrizitätskosten je anteilmässig den Gestehungskosten der Elektrizität aus der Eigenverbrauchsanlage sowie den Kosten für die aus dem Verteilnetz bezogene Energie entsprechen. Unberücksichtigt bleibt dabei der Einbezug des ins Elektrizitätsnetz zurückgespeisten Stromes. Eine allfällige Unterdeckung der Gestehungskosten muss auch hier berücksichtigt werden.

Antrag HEV Schweiz: neuer Art. 17b wie folgt:

¹ Die Gestehungskosten setzen sich zusammen aus den:

- a. anrechenbaren Investitionskosten;
- b. Kosten für den Anlagenbetrieb, den Unterhalt sowie den übrigen Betriebskosten;
- c. Defizitdeckung von günstiger ans Netz abgegebenem Strom;
- d. Reinvestitionen;
- e. Kapitalkosten.

² Die Kosten nach Absatz 1 Buchstabe b werden mit insgesamt jährlich 2 Prozent der Investitionskosten angerechnet.

³ Zu erwartende Erlöse, namentlich aus der Rückvergütung von eingespeisem Strom sowie von Fördergeldzahlungen, sind von den Kosten abzuziehen.

⁴ Die Gestehungskosten berechnen sich über die verbleibende Nutzungsdauer.

⁵ Sie werden mit dem kalkulatorischen Zinssatz kapitalisiert.

Eventualiter: Neuer Artikel im VMWG betreffend Gestehungskosten beim Eigenverbrauch Solarstrom

Da das VMWG bei den Heizungs- und Warmwasserkosten festhält, dass die Reparatur und Erneuerung der Anlagen sowie die Verzinsung und Abschreibung der Anlagen nicht anrechenbare Nebenkosten bilden, ist im Sinne einer Ausnahme festzuhalten, dass die Gestehungskosten und die Kosten für die aus dem Verteilnetz bezogene Elektrizität Nebenkosten bilden. Eine Ausnahme wurde bereits für Nebenkosten beim Energiebezug von einer ausgelagerten Zentrale in Art. 6a VMWG verankert. Es macht deshalb Sinn, eine weitere Ausnahme im VMWG aufzuführen. Zudem ist festzuhalten, wie sich die Gestehungskosten zusammensetzen. Aus Praktikabilitätsgründen für die Rechtsanwender empfiehlt sich die Regelung eventualiter im VMWG, falls eine Regelung in der EnV abgelehnt wird.

Eventualiter Antrag HEV Schweiz: Im VMWG ist ein neuer Artikel mit dem Titel „Gestehungskosten beim Eigenverbrauch Solarstrom“, wie folgt einzuführen:

¹ Besteht zwischen dem Vermieter und den Mietern/Pächter ein Zusammenschluss zum Eigenverbrauch im Sinne von Art. 17 EnV, bilden die Gestehungskosten der Elektrizität aus der Eigenverbrauchsanlage und die Kosten für die aus dem Verteilnetz bezogene Elektrizität (Art. 17 Abs. 1 und Abs. 2 EnV) vom Mieter zu bezahlende Nebenkosten im Sinne von Artikel 257a OR.

² Die Gestehungskosten setzen sich zusammen aus:

- a. den anrechenbaren Investitionskosten;
- b. den Kosten für den Anlagenbetrieb, den Unterhalt sowie den übrigen Betriebskosten;
- c. der Defizitdeckung von günstiger ans Netz abgegebenem Strom;
- d. den Reinvestitionen;
- e. den Kapitalkosten.

³ Die Kosten nach Absatz 1 Buchstabe b werden mit insgesamt jährlich 2 Prozent der Investitionskosten angerechnet.

⁴ Zu erwartende Erlöse, namentlich aus der Rückvergütung von eingespiesenem Strom sowie von Fördergeldzahlungen, sind von den Kosten abzuziehen.

⁵ Die Gestehungskosten berechnen sich über die verbleibende Nutzungsdauer.

⁶ Sie werden mit dem kalkulatorischen Zinssatz kapitalisiert.

Art. 19 Verhältnis zum Netzbetreiber

In den vorangehenden Art. wird jeweils davon ausgegangen, dass die Eigenverbrauchsgemeinschaft als gesamtes mit dem Netzbetreiber eine Geschäftsbeziehung eingeht und die Messung und Abrechnung intern regelt. Vermehrt bieten die Elektrizitätswerke jedoch den gesamten Verrechnungsprozess als Dienstleistung an. Dadurch kann der einzelne Mieter oder Pächter weiterhin direkt beim EW Kunde bleiben, hat aber gleichzeitig die Möglichkeit, den selbst produzierten Strom zu beziehen. Dieser Konstellation sollte in einem eigenen Absatz oder Artikel Rechnung getragen werden.

Antrag HEV Schweiz: Art.19 ist durch einen Abs. 6 zu ergänzen, in dem die Möglichkeit der Delegation des Mess- und Verrechnungsprozesses an ein Drittunternehmen zugelassen wird. Gleichzeitig ist für den Fall, dass dies ein Elektrizitätsunternehmen ist, die Möglichkeit der direkten Kundenanbindung aufrecht zu erhalten.

02.02 6. Kapitel: Netzzuschlag

Art. 38 Verwendung

In diesem Artikel wird die Zuteilung der Mittel aus dem Netzzuschlag geregelt. Als Kriterium wird in erster Linie die Eignung der jeweiligen Instrumente, die einen Beitrag zur Verwirklichung des Gesetzeszwecks zu leisten vermögen, angefügt. Im erläuternden Text wird dies mit dem Wirkungsgrad der einzelnen Instrumente gleichgesetzt. Bei der Umsetzung dieses Artikels ist zu berücksichtigen, dass der rein technische Wirkungsgrad nicht mit dem „gesellschaftlichen“ Wirkungsgrad verglichen werden kann. Es ist niemandem gegönnt, wenn effiziente Kleinwasserkraftwerke, die aufgrund von Umweltauflagen nicht realisiert werden können, die Gelder aus dem Netzzuschlag blockieren und gleichzeitig eine stetig anwachsende Warteliste bei der Photovoltaik besteht.

Antrag HEV Schweiz: Bei der Umsetzung des Abs.1 ist die Verwirklichung des Gesetzeszwecks umfassend zu betrachten.

02.03 8. Kapitel: Förderung

Art. 60 Gebäudeenergieausweis mit Beratungsbericht

Um in den Genuss von Fördergeldern zu gelangen, muss künftig ein GEAK mit Beratungsbericht vorgelegt werden. Dies macht dort Sinn, wo innerhalb des Evaluations- und Planungsprozesses bereits ein GEAK Plus zum Einsatz gekommen ist. Etliche Bauherrschaften suchen einen Planer jedoch bereits mit konkreten Sanierungsabsichten auf und sind nicht mehr darauf angewiesen, dass ihnen verschiedene Sanierungsvarianten präsentiert werden. Es wird direkt mit einem Sanierungskonzept gearbeitet. Entsprechend sollte in Art. 60 unter den Ausnahmen auch ein Sanierungskonzept, welches inhaltlich einem GEAK Plus jedoch ohne Varianten entspricht, zugelassen werden.

Antrag HEV Schweiz: Art. 60 Abs 3 ist mit einem lit. i zu ergänzen: **Vorliegen eines Sanierungskonzeptes, welches von der Bearbeitungstiefe einem GEAK Plus entspricht, jedoch keine Variantenvorschläge enthalten muss.**

03 Energieförderungsverordnung (EnFV)

03.01 1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 8 Grosse und kleine Photovoltaikanlagen

Neu wird die Grenze zwischen grossen und kleinen Photovoltaikanlagen bei 100kW Leistung gezogen und nicht mehr wie bis anhin bei 30kW. Dies hat in den nachfolgenden Artikel auch zur Folge, dass für Anlagen unter 100kW keine Einspeisevergütung mehr möglich ist. Dies wird im EnG jedoch ausdrücklich ermöglicht. Die bisherige Unterteilung machte auch aus technischer Sicht mehr Sinn, musste doch ab 30kW Leistung eine Lastgangmessung vorgenommen werden. Gleichzeitig wird in der EnV, Art. 2 verlangt, dass ab einer Anschlussleistung von 30kVA ein Herkunftsnachweis erbracht werden muss. Diese Grenze liegt deutlich unter der hier genannten Unterteilung von 100kW Leistung. Es wäre zu begrüssen, dass für sämtliche Parameter dieselben Abgrenzungsgrössen gelten.

Antrag HEV Schweiz: Art. 8 Abs. 1 ist wie folgt anzupassen: Als grosse Photovoltaikanlagen gelten Anlagen mit einer Leistung ab **30 kW**. Die Absätze 2 und 3 sind sinngemäss zu ergänzen.

Art. 21 Abbau der Warteliste

Insbesondere da sich abzeichnet, dass die Warteliste zur Einspeisevergütung im Bereich der Photovoltaik sich nie ganz abbauen lassen wird, ist es wichtig, dass mit den noch vorhandenen Mittel insbesondere die Ersteller von Anlagen belohnt werden, welche bereits investiert haben und ihre Photovoltaikanlagen realisiert haben.

Antrag HEV Schweiz: Zu Abs. 2 ist die Variante A zu wählen.

03.02 3. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen zur Einmalvergütung und zu den Investitionsbeiträgen

Art. 37 Anforderungen an den Betrieb und die Betriebstüchtigkeit der Anlage

Es ist verständlich, dass an eine Subvention, die zum Zeitpunkt der Erstellung ausgerichtet wird, eine Forderung geknüpft werden möchte, dass die subventionierte Anlage auch über deren Lebenszyklus einen möglichst hohen Ertrag abwirft. Da die Wirtschaftlichkeit von Photovoltaikanlagen auch mit einer Einmalvergütung nur gegeben ist, wenn ein möglichst grosser Ertrag über die Lebensdauer produziert werden kann, liegt ein sorgfältiger Unterhalt auch im Interesse des Anlagenbesitzers.

Eine Verpflichtung zum Unterhalt basierend auf der Tatsache, dass ein Anlagenbesitzer Fördergelder bezogen hat, geht jedoch zu weit. Die Kontrolle ist aufwändig und nur bedingt möglich und steht in keinem Verhältnis zum benötigten Aufwand.

Antrag HEV Schweiz: Art. 37 ist ersatzlos zu streichen.

03.03 4. Kapitel: Einmalvergütung für Photovoltaikanlagen

Art. 44 Warteliste

Es ist nicht ersichtlich, weshalb in Abs. 3 eine Unterteilung der Warteliste in grosse und kleine Anlagen vorgenommen werden soll. Hieraus besteht die Gefahr, dass kleine Anlagen, nach dem Kontingent für Photovoltaikanlagen, zum zweiten Mal kontingentiert werden. Diese Ungleichbehandlung ist nicht gerechtfertigt.

Antrag HEV Schweiz: Art. 44 Abs. 3 ist ersatzlos zu streichen.

Art. 45 Gesuch

Mit dem Einreichzeitpunkt des Gesuches nach der Inbetriebnahme wird ein Paradigmenwechsel vollzogen welcher quer zu sämtlichen anderen Fördergesuchseingaben steht. Überall muss die Gesuchseingabe vor Beginn der Arbeiten erfolgen. Dies garantiert dem Ersteller die Investitionssicherheit welche er benötigt um die Anlage erstellen zu können.

Antrag HEV Schweiz: Art. 45 Abs. 1 ist wie folgt anzupassen: Das Gesuch um Einmalvergütung für kleine Photovoltaikanlagen ist ~~nach Inbetriebnahme der Anlage~~ bei der Vollzugsstelle einzureichen.

03.04 9. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 108 Übergangsbestimmungen zu Photovoltaikanlagen

Den Anlagen, welche bereits für die KEV angemeldet sind und aufgrund ihrer Grösse (30 – 100kW) bisher kein Wahlrecht zwischen KEV und EIV hatten, wird dieses nun konsequenterweise zugestanden. Die Frist, um dieses auszuüben, ist in Anbetracht der sehr langen Warteliste jedoch kurz, nämlich bis Ende Juni 2018 angesetzt. Viele Anlagenbesitzer sind sich bewusst, dass sie erst in einigen Jahren von der KEV profitieren werden. Ohne eine entsprechende Information seitens Swissgrid werden diese Investoren gar nie von der neuen Wahlmöglichkeit erfahren. Sollten die Abs. 3 und 4 so umgesetzt werden, ist in einem weiteren Absatz sicherzustellen, dass die Anlagenbesitzer auf der Warteliste über ihr Wahlrecht und die Frist informiert werden.

Antrag HEV Schweiz: Neu ist ein Abs. 5 einzuführen: ⁵ **Anlagenbesitzer, welche von den Abs. 3 und 4 betroffen sind, sind durch die Vollzugsstelle oder das BFE über ihre Wahlmöglichkeit und die Einreichfrist in Kenntnis zu setzen.**

03.05 Anhang 1.2: Photovoltaikanlagen im Einspeisevergütungssystem

2 Vergütungssatz

Die Vergütungssätze für Anlagen, welche nach dem 1.1.2013 in Betrieb genommen worden sind, sollen mit der neuen Verordnung postum gesenkt werden. Dies bedeutet für alle Anlagen, die seit diesem Zeitpunkt erstellt worden sind, eine Senkung der Einspeisevergütung, obwohl zum Zeitpunkt der Erstellung mit höheren Fördersätzen kalkuliert wurde. Zur Sicherstellung der bisherigen Fördersätze sind für Anlagen, welche bis zum 1.10.2017 in Betrieb genommen werden, die bisherigen Vergütungssätze zu entrichten.

Antrag HEV Schweiz: Die bisher gültigen Vergütungssätze bis Oktober 2017 sind gemäss geltender EnV Anhang 1.2 Punkt 3.1.3 beizubehalten.

04 Energieeffizienzverordnung (EnEV)

04.01 Anhang 1.9: Anforderungen an die Energieeffizienz und an das Inverkehrbringen netzbetriebener Haushaltslampen mit ungebündeltem Licht

2 Anforderungen an das Inverkehrbringen

Der Bund darf sich hier nicht den europäischen Normen beugen und sollte gänzlich Abstand von einem Halogenlampenverbot nehmen. Nachdem sich die gross angepriesene Energiesparlampe aufgrund erzeugter elektromagnetischer Felder zu einem Bumerang entwickelt hat, dürfte dasselbe Schicksal auch den LED-Leuchten drohen. Durch das Takten der LED-Leuchtmittel entsteht ein Flimmern, welches negative Auswirkungen auf den menschlichen Organismus haben kann.

Antrag HEV Schweiz: Von der Umsetzung der Stufe 6 per 1. September 2018 ist solange abzusehen, bis die Forschung bewiesen hat, dass von den Ersatzprodukten keine gesundheitsschädlichen Auswirkungen zu erwarten sind.

05 Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung)

Mit der vorliegenden Revision der CO₂-Verordnung werden insbesondere die Massnahmen zur Emissionsminderung von leichten Sattelschleppern, welche neu ebenfalls unter das CO₂-Gesetz fallen, die Regelung zur Befreiung von der CO₂-Abgabe von Unternehmen, welche WKK-Anlagen betreiben sowie die Bedingungen an die Kantone zur Auszahlung der Globalbeiträge geregelt. Somit sind die Hauseigentümer in weiten Teilen der revidierten CO₂-Verordnung nicht betroffen. Einzig bei der Höhe der Abgabesätze auf die einzelnen Energieträger sind die Hauseigentümer massgeblich als Konsumenten betroffen, weshalb der HEV Schweiz hierzu Stellung nimmt:

05.01 Anhang 11: Tarif der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen: 84 Franken pro Tonne CO₂

Die Tarife für den fossilen Anteil von sogenanntem Bioheizöl (Zolltarifnummer 2710.2090) und Biodiesel als Brennstoff (Zolltarifnummer 3826.0090) sollen dem Tarif für fossiles Heizöl extraleicht von 222.60 CHF je 1000 Liter angepasst werden. Begründet wird dies mit dem Sinken der Abgabe, wenn Bioheizöl beigemischt wird, je nach Anteil des Bioheizöl resp. des Biodiesels.

Gerade dies entspricht doch dem Anreizziel, welches das CO₂-Gesetz umsetzen will. Zudem ist es nicht rechtens, wenn ein Produkt, welches weniger CO₂ ausstösst, im Verhältnis teurer besteuert wird.

Antrag HEV Schweiz: Von einer Anhebung der Abgabesätze für Bioheizöl und Biodiesel auf Fr. 222.60 pro 1000l ist Abstand zu nehmen.

06 Stromversorgungsverordnung (StromVV)

06.01 2. Kapitel: Versorgungssicherheit

Art. 3a Netzanschluss bei Zusammenschlüssen zum Eigenverbrauch

In Art. 3a Abs. 2 StromVV werden die Kosten geregelt, welche infolge der Nichtnutzung oder nur noch Teilweisenutzung von Anschlussanlagen aufgrund des Zusammenschlusses zum Eigenverbrauch entstehen. Werden die Anlagen nicht mehr genutzt, werden die verbleibenden Kapitalkosten (noch nicht amortisierter Teil) vom Zusammenschluss abgegolten. Wenn bestehende Anlagen nur noch teilweise genutzt werden, gilt eine anteilmässige Abgeltungspflicht. Zumal hier insbesondere grosse Verbünde betroffen sind, sollte entsprechend eine Mindestanschlussleistung, ab welcher Art. 3a zum Tragen kommt, definiert werden. Sämtliche kleineren Anschlussleistungen sind davon auszunehmen.

Antrag HEV Schweiz: Art. 3a ist mit einer Mindestanschlussleistung zu ergänzen, ab derer der Artikel zum Tragen kommt. Analog zu Art. 18 StromVV könnte diese Mindestanschlussleistung bei 40 kVA liegen.

06.02 3. Kapitel: Netznutzung

Art. 18 Netznutzungstarife

In Abs. 1^{bis} und 2 wird geregelt, dass für Kunden mit einer Anschlussleistung unter 15 kVA nur eine Kundengruppe bei der Festlegung der Netznutzungsentgelte definiert werden kann. Dies schützt kleinere Eigenverbrauchsgemeinschaften davor, dass die Elektrizitätsversorger höhere Netznutzungsentgelte verlangen als dies bei vergleichbaren Kunden ohne Eigenverbrauch der Fall ist. Der HEV Schweiz begrüsst diese Regelung ausdrücklich. Die von 10 auf 15 kVA angehobene Grenze für „nur eine Kundengruppe“ bringt jedoch

kaum was, da schon jedes EFH mit 3x25A = 17 kVA abgesichert ist. Um den Schutz von Eigenverbrauchsgemeinschaften zu gewährleisten, empfehlen wir deshalb, diese Grenze auf 40 kVA zu erhöhen.

Antrag HEV Schweiz: Art. 18 Abs. 1^{bis} ist wie folgt anzupassen: Innerhalb einer Spannungsebene bilden Endverbraucher mit vergleichbarem Bezugsprofil eine Kundengruppe. Bei Endverbrauchern mit einer Anschlussleistung bis **40 kVA** ist nur eine Kundengruppe zulässig.

06.03 5. Kapitel Schlussbestimmungen

Art. 27 Abs. 4

Der HEV Schweiz begrüsst, dass bei der Ausarbeitung von Richtlinien durch die Netzbetreiber die Endverbraucher angehört werden müssen. Leider hat dies in den letzten Jahren, zumindest beim HEV Schweiz als Vertreter von doch über 330'000 Wohneigentümern, nicht mehr stattgefunden.

07 Verordnung über Gebühren und Aufsichtsabgaben im Energieb. (GebV-En)

07.01 nArt. 14b und Anhang 3 GebV-En: Kosten des Herkunftsnachweises

Gemäss nArt. 14b GebV-En erhebt die Vollzugsstelle für die Kosten des Herkunftsnachweises Gebühren nach Aufwand. Die Gebühren werden im Anhang 3 GebV-En näher ausgeführt. Die Kosten sind verhältnismässig, weshalb der HEV Schweiz dieser Regelung zustimmt.

08 Herkunftsnachweis-Verordnung (HKSV)

Der HEV Schweiz verzichtet auf eine Stellungnahme zu den Änderungen der Herkunftsnachweis-Verordnung (HKSV), da die Interessen der Immobilieneigentümer nicht berührt werden.

09 Kernenergieverordnung (KEV)

Die Interessen der Immobilieneigentümer sind von der Kernenergieverordnung (KEV) nicht betroffen, weshalb hierzu keine Stellungnahme des HEV Schweiz erfolgt.

10 Landesgeologieverordnung (LGeoIV)

Der HEV Schweiz verzichtet auf eine Stellungnahme zu den Änderungen der Landesgeologieverordnung (LGeoIV), da es sich nur um Grossprojekte (Tiefengeothermie) und nicht um Daten bezüglich Projekte der oberflächennahen Geothermie handelt und somit die Interessen der Immobilieneigentümer nicht berührt werden.